

Antrag

der Abgeordneten Marina Schuster, Florian Toncar, Burkhardt Müller-Sönksen, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Menschenrechte in Kuba einfordern und die kubanische Zivilgesellschaft fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Menschenrechtssituation in Kuba und der Entwicklungsstand der Zivilgesellschaft sind weiterhin desolat. In seiner Sorge über diese Situation schließt sich der Deutsche Bundestag der Entschließung des Europäischen Parlaments zur „Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung“ vom Februar 2006 (P6_ta-PROV(2006)0042) ausdrücklich an.

Im März 2003 verstärkte die kubanische Regierung den Druck auf unabhängige Journalisten und friedliche Dissidenten, die im „Proyecto Varela“ organisiert sind. 75 Menschenrechtler wurden festgenommen und die meisten von ihnen bis heute inhaftiert. In der Gefangenschaft sind sie ständigen Misshandlungen ausgesetzt. Um sie von ihren Familien zu trennen, werden sie in Gefängnissen festgehalten, die weit von ihren jeweiligen Heimatorten entfernt liegen. Viele dürfen nur einmal jährlich Besuch empfangen und werden in Isolationshaft gehalten. Die Haftbedingungen – insbesondere die medizinische Versorgung – sind katastrophal.

Jenseits der Mitglieder des „Proyecto Varela“ sind nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mehr als 300 Menschen aufgrund ihrer politischen Gesinnung in Haft. Ferner wurden 3 Menschen wegen eines Fluchtversuchs aus Kuba mit einer entführten Fähre im April 2003 von der kubanischen Regierung im Eilverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Als Reaktion auf die Verhaftung der „Gruppe der 75“ formierten sich deren Angehörige in einer Zweckgemeinschaft, die als „Damen in Weiß“ bekannt wurde. Für ihr Engagement für die Freiheit der Inhaftierten verlieh ihnen das

Europäische Parlament im Dezember 2005 den Sacharow-Preis für Menschenrechte. Jedoch wurde den Preisträgern verweigert, zur Preisverleihung nach Europa zu reisen.

Der Dialog zwischen Regierung und Opposition ist mittlerweile vollständig zum Erliegen gekommen. Daher ist es wichtig, eine Dialogplattform zu schaffen, die beide Seiten an einem Tisch zusammenführt und so das Fundament für eine versöhnliche und friedliche politische Entwicklung hin zu einer demokratischen Gesellschaft legt.

Für die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist die ungehinderte Internetnutzung elementar. In Kuba ist der Verkauf von internetfähiger Hardware streng reglementiert, um den Oppositionsgruppen die freie Informationsbeschaffung zu erschweren. Der Zugang zum Internet beschränkt sich somit auf sehr wenige regierungstreue Kubaner. Von insgesamt 11 Millionen Kubanern haben nur ca. 120 000 einen Internetzugang. Auch sie haben nicht die Möglichkeit, sich über einen ausländischen Provider einzuwählen, und unterliegen somit der staatlichen Internetzensur.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Stärkung der Zivilgesellschaft ist die geplante Schaffung eines Goethe-Instituts in Havanna. Wegen der aktuellen politischen Spannungen zwischen Kuba und der EU wurden die diesbezüglichen Verhandlungen von Deutschland ausgesetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf europäischer Ebene für ein gemeinsames Vorgehen der EU einschließlich Spaniens gegenüber Kuba einzusetzen;
2. gemeinsam mit den EU-Partnern darauf zu achten, dass von den europäischen Auslandsvertretungen in Kuba auch und gerade der Kontakt zu Oppositionellen und Dissidenten gesucht und gepflegt wird;
3. die Garantie fairer Gerichtsverfahren im Einklang mit internationalen Standards einzufordern;
4. von der kubanischen Regierung die Freilassung aller aufgrund ihrer politischen oder sonstigen Gesinnung Eingesperrten zu fordern;
5. auf die ersatzlose Streichung des „Ley 88“ des kubanischen Strafrechts zu drängen, welches für willkürliche Verurteilungen von Dissidenten missbraucht wird;
6. bei der kubanischen Regierung auf die endgültige Abschaffung der Todesstrafe zu drängen;
7. für einen ungehinderten Internetzugang für alle kubanischen Bürger einzutreten;
8. eine Dialogplattform zwischen Regierung und Opposition zu initiieren, die die Schaffung eines von Respekt und Verantwortung geprägten Klimas unter allen Kubanern fördert;
9. den Dialog und den Austausch zwischen Kuba und der Bundesrepublik Deutschland im Schul- und Bildungsbereich sowie von Jugendlichen, die ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ absolvieren, zu intensivieren;
10. gegenüber der kubanischen Regierung die Menschenrechte, insbesondere die Presse- und Meinungsfreiheit sowie politische Vereinigungsfreiheit mit Nachdruck einzufordern;
11. für eine freie Aus- und Einreise der Sacharow-Preisträger Oswaldo Payá Sardiñas sowie der „Damen in Weiß“ einzutreten;

12. sich auf bilateraler wie europäischer Ebene im Dialog mit der kubanischen Regierung dafür einzusetzen, dass internationalen Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise Amnesty International die freie Einreise nach Kuba gewährt wird, diese sich frei in Kuba bewegen können und die Praxis der Ausweisung von Nichtregierungsorganisationen bei Meinungsverschiedenheiten mit der kubanischen Regierung unterbleibt;
13. den Aufbau des geplanten Goethe-Instituts in Havanna auf dem Fundament des Kulturabkommens zu forcieren, da die kubanische Zivilgesellschaft gerade in Zeiten erhöhter staatlicher Repression auf Unterstützung von außen angewiesen ist;
14. auf der Forderung nach freien Wahlen in Kuba zu beharren.

Berlin, den 14. März 2006

Marina Schuster
Florian Toncar
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Werner Hoyer
Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp

Jürgen Koppelin
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Michael Link (Heilbronn)
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

